



Pressemitteilung

der Landesarbeitsgemeinschaft Gehobener Sozialdienst im Justizvollzug Nordrhein-Westfalen

Ansprechpartnerin:
Geschäftsführerin Brigitte Taylor-Schultz
Goethestraße 3 · 47166 Duisburg (JVA Duisburg-Hamborn)

Gehobener Sozialdienst im Justizvollzug des Landes NRW hat einen neuen Vorstand.

Am 13.6.08 hat die Versammlung der SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen im Justizvollzug des Landes Nordrhein-Westfalen ihre berufspolitische Interessenvertretung, ihren 5-köpfigen Vorstand gewählt.



von links nach rechts:

Michael Heinze, Beauftragter für Fortbildungsangelegenheiten

Daniela Dahmen, Vorsitzende

Claudia Pastoor, stellvertretende Vorsitzende

Brigitte Taylor-Schultz, Geschäftsführerin

Reinhard Nutz, Schatzmeister

Die LAG vertritt seit 42 Jahren die Belange des Sozialdienstes und hat in der Vergangenheit ganz erheblich zur Gestaltung des Vollzuges beigetragen. Die Schwerpunkte fachlicher Arbeit mit suchtmittelabhängigen, mit verschuldeten Gefangenen, mit Familien und ausländischen Inhaftierten, die Einführung von Sozialem Training im Justizvollzug gehen ebenso auf ihr Engagement zurück wie die Mitgestaltung der Arbeit mit Sexualstraftätern. Konzepte für Haftvermeidung, Wohngruppenvollzug und Entlassungsvorbereitung wurden maßgeblich mitbestimmt. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Sozialdienstes beteiligen sich an der Weiterentwicklung des Vollzuges in vielfältiger Weise: Sie arbeiten als BeraterInnen in der Organisationsentwicklung, sie sind als SupervisorInnen für alle Berufsgruppen tätig, sie beteiligen sich an der Aus- und Fortbildung des allgemeinen Vollzugsdienstes, sie initiieren und beteiligen sich an unterschiedlichen Arbeitsgruppen, die Konzepte für Behandlung und die Ausgestaltung des Vollzuges entwickeln. Sie übernehmen Führungs- und Leitungsaufgaben, halten im Rahmen ihrer Aufgaben Kontakte zur Institutionen und Verbänden, die die Wiedereingliederung von Entlassenen übernehmen.

Derzeit blicken die 249 SozialarbeiterInnen nun mit Sorge in die Zukunft und auf ihren beruflichen Alltag in den Justizvollzugsanstalten des Landes. Finanzielle Einschränkungen und bereits begonnene personelle „Umverteilungen“ zugunsten des Jugendvollzuges und öffentlichkeitsrelevanter Behandlungsschwerpunkte führen zu Belastungen in den anderen Bereichen der Erwachsenenstraf- und Untersuchungshaft. Ausdünnung von Behandlungsmaßnahmen und einer unverzichtbaren Grundversorgung zeichnen sich bereits jetzt ab. Auch die Verlagerung von Kapazitäten zugunsten von berufsfernen Verwaltungsarbeiten und besonderen Schwerpunktarbeiten im Sucht- und Gewaltbereich werden vermehrt zu Einschränkungen in der Entlassungsvorbereitung und bei der Entwicklung neuer Angebote für Problemgruppen führen. Die Aufgaben, denen sich der neue Vorstand in den nächsten 3 Jahren schwerpunktmäßig stellen wird, ergeben sich aus der derzeitigen Aufgabenstellung des Vollzuges:

- Ausgestaltung des Jugendvollzuges auf der Basis des neuen Jugendstrafvollzugsgesetzes des Landes NRW
- Entwicklung von Standards für den Sozialdienst im Vollzug (analog zu den ambulanten sozialen Diensten)
- Entwicklung von Fortbildungsangeboten für Kolleginnen und Kollegen, die seitens des Justizministerium nicht oder nicht mehr angeboten werden
- Kritische Begleitung der Personalentwicklung im Vollzug und der eigenen Berufsgruppe

Die bisher konstruktiv geführten Gespräche mit der Justizministerin und ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sollen fortgesetzt werden und dazu beitragen, die Zusammenarbeit und Fortentwicklung im Vollzug zu gestalten. Das Interesse des Vorstandes besteht darin konkrete, einheitliche Zielvorgaben für die Arbeit des Sozialdienstes mit dem Ministerium zu entwickeln und landesweit umzusetzen, um die vorhandenen Kapazitäten möglichst effektiv und effizient im Sinne der Umsetzung des Strafvollzugsgesetzes zu nutzen.